

Antrag betreffend die Errichtung eines Wartehäuschens an der Haltestelle Hetzgasse in Richtung Prater Hauptallee (Linie1)

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.a Ulli Sima, insbesondere die Wiener Linien, werden ersucht zu prüfen, ob bei der Haltestelle „Hetzgasse“ in Richtung Prater Hauptallee (Straßenbahnlinie 1) in der Löwengasse die Errichtung eines Wartehäuschens (Fahrgastunterstand) möglich ist, und gegebenenfalls die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung zu veranlassen.

Begründung:

Die Linie 1 stellt eine wichtige innerstädtische Verbindung dar und wird sowohl von zahlreichen Bezirksbewohner:innen als auch von Tourist:innen regelmäßig genutzt. Die Haltestelle „Hetzgasse“ in der Löwengasse in Richtung Prater Hauptallee verfügt derzeit über keinen ausreichenden Witterungsschutz für wartende Fahrgäste. Insbesondere bei Regen, Schnee oder starker Sonneneinstrahlung sind die Nutzer:innen des öffentlichen Verkehrs ungeschützt.

Die Errichtung eines Wartehäuschens ist daher nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Dabei sollen moderne Lösungsansätze berücksichtigt werden, etwa zeitgemäße, barrierefreie Gestaltung, transparente Bauweise zur Gewährleistung von Sicherheit sowie – sofern möglich – nachhaltige Materialien oder innovative Elemente wie begrünte Dächer.



Foto: Haltestelle „Hetzgasse“ in Richtung Prater Hauptallee (Quelle: Elke Spehar)

Sprecherin: BR Elke Spehar

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend die Errichtung eines Wartehäuschens und einer elektronischen Fahrgastinfo-Anzeige in der Löwengasse - Haltestelle Löwengasse Richtung Prater Hauptallee (Linie1)

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.a Ulli Sima, insbesondere die Wiener Linien, werden ersucht zu prüfen, ob bei der Haltestelle „Löwengasse“ der Straßenbahnlinie 1 Richtung Prater Hauptallee die Errichtung eines Wartehäuschens (Fahrgastunterstand) und die Errichtung einer elektronischen Fahrgastinfo-Anzeige möglich ist, und gegebenenfalls die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung zu veranlassen.

Begründung:

Der derzeitige Zustand ohne jegliche Überdachung oder Wetterschutz und ohne Echtzeitinformation über den Fahrplan ist aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäß.

Auch wenn diese Haltestelle nicht zu den meistfrequentierten zählt, stehen hier täglich Menschen – bei Regen, Wind oder Hitze. Für ältere Personen, Kinder oder mobilitätseingeschränkte Menschen macht es einen großen Unterschied, ob sie geschützt warten können oder nicht.

Ein modern gestaltetes Wartehäuschen ist an dieser Haltestelle längst überfällig und entspricht einem zeitgemäßen Qualitätsstandard im Netz der Wiener Linien.



Foto Haltestelle Linie 1 Richtung Prater Hauptallee (Quelle: Elke Spehar)

Sprecherin: BR Elke Spehar

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend Überprüfung Kreuzung Rennweg/Landstraßer Hauptstraße

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.3.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, unter Einbindung der zuständigen Stellen (MA 46, MA 28), die Verkehrssicherheit an der Kreuzung Rennweg zu überprüfen.

Begründung:

Seit dem Umbau der Kreuzung Rennweg Landstraßer Hauptstraße fahren die Fahrzeuge vom Rennweg kommend und rechts in die Landstraßer Hauptstraße einbiegend oft auf dem Schienenkörper der Straßenbahnlinie 18 (Rechtsfahrgebot).

Eine verbesserte Kennzeichnung/Markierung der Fahrbahn würde auch den Zufußgehenden auf dem Fußgängerübergang manch gefährliche Situation ersparen.



Sprecher: Josef Scharka

Wien, am 12.3.2026

Antrag betreffend die klimafitte Gestaltung der Umgebung des Hochstrahlbrunnens nach der Sanierung

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Chernohorszky, wird ersucht, dass die MA 42 evaluiert, welche Optionen es für eine klimafitte Oberflächengestaltung des direkten Umfelds beim Hochstrahlbrunnen gibt.

Begründung:

Wir stehen einer Umgestaltung und Aufwertung des gesamten Schwarzenbergplatzes aufgeschlossen gegenüber und Begrüßen alle Maßnahmen zur Attraktivierung und Hebung der Aufenthaltsqualität.

Im Zuge der dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen des Hochstrahlbrunnens wird höchstwahrscheinlich auch die direkte Umgebung des Brunnens betroffen sein.

Anstatt nach der Sanierung den Zustand der Oberfläche wieder 1:1 herzustellen, bietet sich die Chance klimafitte Maßnahmen umzusetzen, wie z.B. eine Entsiegelung und Wiederanlegen eines Grünstreifens um den Brunnen herum – siehe Foto:



https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Historisches_von_Graupp/LEUCHTBRUNNEN

Sprecher: BR Mag. Peter Perdau

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend Überprüfung der technischen Möglichkeiten zur Anpassung der Lautstärke bei der Fußgängerampel Ghegastraße/Heeresmuseumstraße

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die Möglichkeiten unter Einbeziehung der Blindenwohlfahrt und dem BSC WNB zu prüfen, die Ampelschaltung beim Zebrastreifen in der Ghegastraße in die Heeresmuseumstraße an die modernen Gegebenheiten anzupassen.

Begründung:

Die Fußgängerampel in der Ghegastraße in den Schweizer Garten/Heeresmuseumstraße ist mit einem **akustischen Blindenleitsystem** jedoch **ohne taktiles Bodenleitsystem** ausgestattet. Am 12. Mai 2017 wurde von der damaligen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou eine Vereinbarung mit der Blindenwohlfahrt und dem BSV WNB unterzeichnet, dass künftig alle Ampeln in Wien an die modernste Anforderungstechnik angepasst werden sollen. Dazu gehört auch, dass sich das akustische Blindenleitsystem dem Umgebungslärm anpasst und ein taktiles Bodenleitsystem vorhanden sein soll.

Vor allem im Sommer, wenn Anwohner:innen die Fenster in der Nacht zum Abkühlen der Wohnungen geöffnet haben, sind die Signale sehr laut. Deshalb beantragen wir unter Einbeziehung der oben angeführten Institutionen und der MA 46 zu prüfen, ob im speziellen diese Ampel zwischen 22 Uhr und 6 Uhr auf gelb blinkend geschaltet werden bzw. das akustische Blindenleitsystem so zu installieren, dass es sich nur im Bedarfsfall einschaltet. In der Nacht wird diese Ampel sehr selten genutzt, da das HGM und alle Institutionen geschlossen sind.



Sprecherin: BR Ing. Christine Reiterer

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend Gehsteigverbreiterung Ungargasse

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima und die dafür zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, eine Gehsteigverbreiterung an der Ostkante im Bereich Ungargasse ONr. 27 bis 29 zu prüfen.

Begründung:

Im "Masterplan Gehen Landstraße" findet sich dieses Projekt mit hoher Priorität mit der Begründung: "Der Abschnitt an der Ostkante der Ungargasse ist die letzte lange Engstelle für Fußgänger*innen entlang der Ungargasse." Die Bezirksvertretung hat sich bereits in der Vergangenheit dafür ausgesprochen die Probleme, die dieser Masterplan hervorhebt, Schritt für Schritt zu lösen. Da die Ungargasse eine wichtige durchgängige Fußverbindung in Nord-Süd Richtung darstellt, wäre das ein wichtiger Schritt, um die Verbesserung des Fußverkehrs zu voranzutreiben.



Sprecher: BR Jakob Vana
Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend Ladestationen in der Heeresmuseumstraße

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die Möglichkeit zu prüfen, nach Fertigstellung der S-Bahn-Baustelle im Schweizer Garten in der Heeresmuseumstraße ein bis zwei Ladestationen einzurichten.

Begründung:

Es ist Ziel in Wien die Elektromobilität zu fördern. Dazu gehört auch eine gut verfügbare Infrastruktur mit Ladestationen. Rund um das Gelände des Arsenaus gibt es nur zwei Ladestationen in der Lilienthalgasse und eine ist in der Franz-Grill-Gasse geplant.

Im vorderen Bereich an der Ghegastraße, Kelsenstraße oder auch in der Arsenalstraße sind keine öffentlichen Ladestationen vorhanden. Die Heeresmuseumstraße wird nach dem Abschluss der Bauarbeiten an der S-Bahn ohnehin in Mitleidenschaft gezogen und daher sanierungsbedürftig sein. Im Zuge dessen wäre zu prüfen ob dort im Zuge der Sanierung ein bis zwei Ladestationen errichtet werden können, die von den Bewohner:innen der Kleingartensiedlung im Schweizer Garten und im Arsenal, den Besucher:innen des HGM, FOTO ARSENAL WIEN, Belvedere 21, des Schweizer Gartens und anderen Kultureinrichtungen genutzt werden könnten.



Sprecherin: BR Ing. Christine Reiterer

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend der Trennung bzw. Kennzeichnung von Rad- und Fußgängerstreifen beim Abgang Richtung Strandbar Herrmann

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19. 03. 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.a Ulli Sima, sowie die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob der Weg, der zur Strandbar Herrmann hinunterführt (schräg gegenüber dem Bundesamtsgebäude Radetzkystraße 2) in einen klaren Fußgänger:innen- und Radfahrer:innenbereich getrennt werden kann und diese Trennung ggf. umzusetzen.

Begründung:

Fußgänger:innen, die entlang es Weges spazieren, klagen regelmäßig über Radfahrer:innen, die auf beiden Seiten viel zu schnell fahren und "Spur wechseln" und die Fußgänger:innen so gefährden. Dies scheint vor allem daher zu rühren, dass der gesamte Weg uneinheitlich genutzt und oftmals auch Gruppen von Passant:innen verstellt wird, die sich dort aufhalten. Eine klare und sichtbare Trennung in einen Fahrradstreifen und einen Fußgänger:innenbereich könnte hier Abhilfe schaffen.



(Foto: Google Street View)

Sprecher: BR Mag. Paul Häuslmayer

Wien, am 12. 03. 2026

Antrag betreffend Kennzeichnung verkehrsabhängige Ampelanlage Kleistgasse/Landstraßer Gürtel

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.03.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die Möglichkeit zu prüfen, wie der Hinweis bis zur Haltelinie vorzufahren, besser sichtbar angebracht werden kann.

Begründung:

Die Ampel an der Kreuzung Kleistgasse/Landstraßer Gürtel ist verkehrsabhängig gesteuert. Leider ist die Tafel, die darauf hinweist, sehr hoch angebracht, so dass sie nicht zu sehen ist, wenn man ca. 2 m vor der Ampel steht. Leider bleiben Autofahrer:innen sehr häufig vor den in den Boden eingebrachten Sensoren stehen, sehen aber aus dieser Position diese Tafel nicht mehr, weil sie sehr hoch angebracht ist. Die Ampel schaltet dann nicht auf grün und es kommt zu einem Rückstau in die Kleistgasse, das häufig zu Hupkonzerten führt. Wir beantragen die Prüfung, wie die Kennzeichnung z.B. durch Piktogramme am Boden besser verständlich angebracht werden kann.



Sprecherin: BR Ing. Christine Reiterer

Wien, am 12.03.2026

Antrag betreffend Beseitigung der Verschmutzung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen beim Treppenabgang U-Bahn-Station Rochusgasse

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19. 03. 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, bzw. die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ullia Sima, sowie die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden – je nach Zuständigkeit – gebeten, Präventionsmaßnahmen gegen die Verschmutzung im Bereich des Treppenabgangs zur Parkgarage nahe Landstraße Hauptstraße ONr. 30 (siehe Foto) zu prüfen sowie darüber hinaus dafür zu sorgen, dass bestehende Verschmutzungen regelmäßig und zuverlässig beseitigt werden.

Begründung:

Verärgerte Anrainer:innen und Passant:innen beschreiben eine regelmäßige und exzessive Taubenfütterung im genannten Bereich, scheinbar werde dort beinahe täglich Trockenfutter in großen Mengen ausgestreut. Das Ärgernis entsteht nicht nur aus der Optik, sondern auch aus hygienischen Gründen: Verschmutzung des Bereichs unter den Oberleitungen durch zahlreiche auf das Futter wartende Tauben, potenzielles Anziehen von Ratten etc. pp.



(Foto eines Bürgers/einer Bürgerin)

Sprecher: BR Mag. Paul Häuslmayer

Wien, am 12. 03. 2026

Korrektur der Ampelschaltung

Schlachthausgasse # Viehmarktgasse

Der Bezirksrat der Wiener Volkspartei Landstraße, **Alexander Wolfinger-Krutz**, stellt gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag. Ulli Sima, wird ersucht, die Ampelschaltung in 1030 Wien, Kreuzung Viehmarktgasse – Schlachthausgasse – Landstraßer Hauptstraße wieder so anzupassen, dass der Fußgängerübergang von der Viehmarktgasse über die Schlachthausgasse in Richtung Landstraßer Hauptstraße zur gleichen Zeit mit den beiden Abbiegephasen der Landstraßer Hauptstraße „Grünlicht“ zeigt. Die Korrektur dieser Ampelschaltung würde die Sicherheit der querenden Fußgänger: innen erheblich erhöhen.

Begründung

An der Kreuzung Schlachthausgasse # Viehmarktgasse kommt es aufgrund der nach dem Umbau der Schlachthausgasse (Verlängerung Linie 18) aktuellen Signalsteuerung der Ampelanlage zu enormen Verzögerungen für den von der Landstraßer Hauptstraße in die Schlachthausgasse abbiegenden Autofahrer. Derzeit erhalten Fußgängerinnen und Fußgänger gleichzeitig mit den abbiegenden Fahrzeugen Grünlicht. Dadurch müssen abbiegende Fahrzeuge den querenden

Fußgängerverkehr abwarten und aufgrund der teilweise hohen Fußgängerfrequenz – insbesondere zu Spitzenzeiten – ist ein Abbiegen oft nur für einige wenige (**zwei!!**) Fahrzeuge möglich. Dies führt dazu, dass mehrere Grünphasen vergehen, ohne dass dem Verkehrsfluss der Landstraßer Hauptstraße entsprechend, ausreichend Fahrzeuge die Kreuzung passieren können.

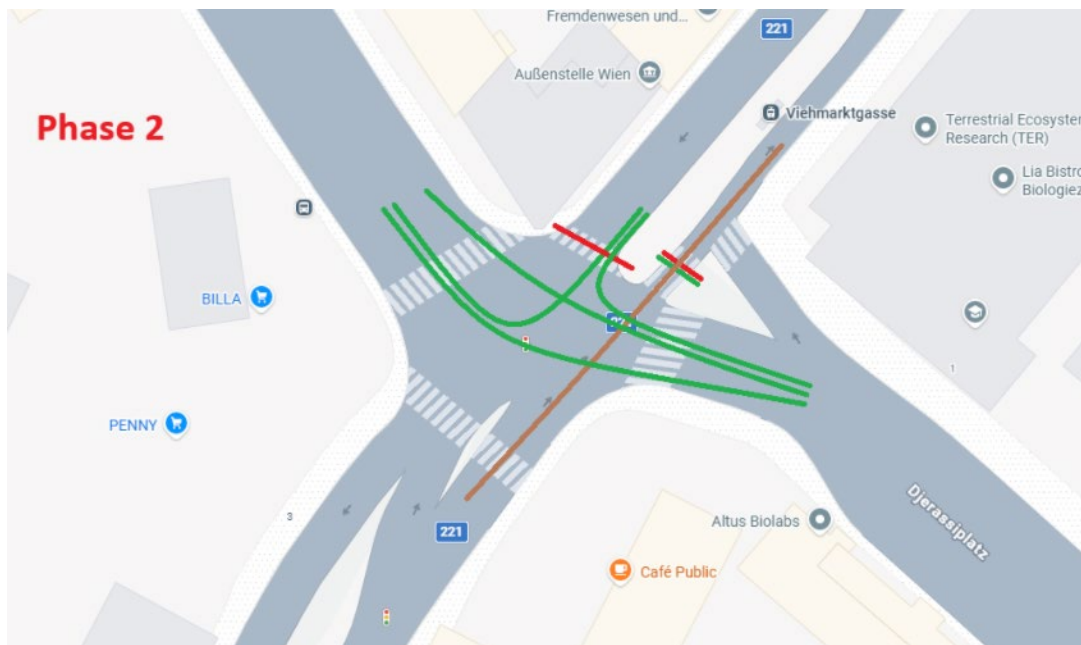
Aus verkehrstechnischer Sicht wäre eine Entkoppelung der beiden Abschnitte der Fußgängerquerung sinnvoll (siehe Skizze). So könnten während der Grünphasen der von der Landstraßer Hauptstraße rechts bzw. links (in und von Richtung Rennweg) abbiegende Fahrzeuge gleichzeitig mit der Linie 18 und den Fußgängern und Fußgängerinnen grün bekommen und damit ermöglichen, dass in der anschließenden Grünphase für Fahrzeuge in der Landstraße Hauptstraße abbiegend Richtung Schlachthausgasse durch „Rot“ für die Fußgängerinnen und Fußgänger zügig und effizient passiert werden kann.

Ein wichtiges Argument für die Korrektur ist, dass dadurch die Sicherheit der, die Schlachthausgasse, querenden Fußgänger: innen erheblich erhöht wird!

Anmerken möchte ich, dass die „alte“ (**vor dem Umbau**) in unzähligen Verkehrsverhandlungen festgelegte Schaltung der Phasen am Ende für alle Verkehrsteilnehmer zu einem reibungslosen positiven Ergebnis geführt hat.

Folgende Skizzierung (*Achtung: alter Verlauf vor Verlängerung Linie 18*) soll zwei aufeinanderfolgende Ampelphasen darstellen.

- Rote Linie: Fahrzeuge/Fußgänger haben „rot“
- Grüne Linie: Fahrzeuge/Fußgänger haben „grün“
- Braune Linie: Straßenbahnlinie 18
- Rot/Grüne Linie: Schaltung z.B. abhängig der Straßenbahnlinie 18



Errichtung einer Bücherbox

Die Bezirksrätin der Wiener Volkspartei Landstraße, **Maria Elena Taramona de Rodriguez**, stellt gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **19.03.2026** folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Mag.^a Veronica Kaup-Hasler, möge sich unter Einbeziehung der zuständigen Magistratsabteilungen dafür einsetzen, dass im Bereich Hainburger Weg beim Chinesischen Kulturzentrum Wien (Fiakerplatz 6–7) im 3. Bezirk eine öffentlich zugängliche Bücherbox errichtet wird.

Begründung:

Der zuvor im Kardinal-Nagl-Park befindliche Bücherschrank musste nach wiederholten Beschädigungen entfernt werden. Damit weiterhin eine niederschwellige Möglichkeit zum Büchertausch im Grätzl besteht, wird die Einrichtung einer neuen Bücherbox im Bereich des Hainburgerwegs vorgeschlagen.

Errichtung einer E-Ladestation

Die Bezirksrätin der Wiener Volkspartei Landstraße, **Maria Elena Taramona de Rodriguez**, stellt gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **19.03.2026** folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, möge sich unter Einbeziehung der zuständigen Magistratsabteilungen dafür einsetzen, dass die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlich zugänglichen Ladestation für Elektrofahrzeuge im 3. Bezirk im Bereich der Dietrichgasse / Lechnerstraße / Erdberger Lände / Ludwig-Kößler-Platz geprüft wird.

Begründung:

Mit der zunehmenden Verbreitung von Elektrofahrzeugen steigt auch der Bedarf an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur im Bezirk Landstraße. Zudem wurde von Anrainerinnen und Anrainern darauf hingewiesen, dass bestehende Ladestationen in der Umgebung häufig ausgelastet sind und daher zusätzlicher Bedarf besteht. Dies entspricht auch den Zielsetzungen der Stadt Wien, den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität kontinuierlich voranzutreiben.

Klinik Landstraße – Neubau -

Der Bezirksrat der Wiener Volkspartei Landstraße, **Ernst Tauschmann**, stellt gemäß § 24 GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **19.03.2026** folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Herr Peter Hacker und die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Frau Mag. Ulli Sima werden unter Einbindung der zuständigen Stellen ersucht, als neuen Standort für die Planung und den Neubau der Klinik Landstraße die Örtlichkeit 1030 Wien, Neu Marx zu prüfen und in die Infrastrukturplanung der Stadt aufzunehmen.

Begründung:

Bereits im Jahr 2022 wurde von den Verantwortlichen der Stadt Wien der Neubau der Klinik Landstraße mit einem voraussichtlichen Fertigstellungsdatum 2030/2033 angekündigt. Der Plan dabei war, dass hinter der bestehenden Klinik, im Bereich des jetzigen Gartens, zuerst der Neubau entstehen soll und im Anschluss der jetzige Gebäudekomplex abgerissen wird.

Die in 1030 Wien, Juchgasse 25 befindliche Klinik Landstraße wurde im Jahr 1977 (nach einer ca.12 - jährigen Planung) eröffnet und erfüllt seit 49 Jahren eine zentrale Funktion in der medizinischen Versorgung der Wiener Bevölkerung. Aufgrund der baulichen Struktur des bestehenden Gebäudes sowie der steigenden Anforderungen an moderne Krankenhausinfrastruktur wäre eine langfristig grundlegende Neustrukturierung erforderlich. Die jetzt stattfindenden Sanierungen und Zubauten sollten unabhängig von einer Neuplanung der Klinik fortgeführt werden, zumal ohnehin mit einer 6 – 10 Jahren dauernden Planungsphase gerechnet werden muss.

Der neue Standort Neu Marx hätte die Vorteile einer guten Verkehrsanbindung und von der Flächengröße die besten Voraussetzungen für einen modernen Krankenhauscampus.

Nachfolgendes Bild zeigt eine Luftaufnahme von der unbebauten Fläche in Neu Marx



Stärkere touristische Verbindung der Hundertwasser-Standorte im Bezirk Landstraße

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP Landstraße **Klaus BRANDHOFER** stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, Frau Barbara Nowak, wird ersucht, die touristische und kommunikative Verbindung zwischen dem Hundertwasserhaus und dem Kunst Haus Wien stärker zu fördern.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie das Kunst Haus Wien als zentraler Ort für das Werk und die Ideen Friedensreich Hundertwassers stärker in die touristische Kommunikation rund um das international bekannte Hundertwasserhaus eingebunden werden kann.

Darüber hinaus wird angeregt, die Direktion des Kunst Haus Wien in ihren Bemühungen um eine verstärkte mediale Präsenz und internationale Sichtbarkeit im Zusammenhang mit dem großen Besucherinteresse am Hundertwasserhaus stärker zu unterstützen.

BEGRÜNDUNG

Das Hundertwasserhaus zählt zu den international bekanntesten Sehenswürdigkeiten Wiens und ist ein wesentlicher touristischer Anziehungspunkt im Bezirk Landstraße. Täglich besuchen zahlreiche nationale und internationale Gäste diesen Standort. Nur wenige Gehminuten entfernt befindet sich das Kunst Haus Wien, das als Museum für Friedensreich Hundertwasser die weltweit größte permanente Sammlung seiner Werke beherbergt und damit eine zentrale Rolle für die Vermittlung seines künstlerischen und philosophischen Schaffens einnimmt.

Während das Hundertwasserhaus international als architektonisches Wahrzeichen große Aufmerksamkeit genießt, bleibt das Kunst Haus Wien in der touristischen Wahrnehmung vieler Besucher oftmals im Hintergrund, obwohl es die inhaltliche

Vertiefung und museale Präsentation des Werkes Hundertwassers bietet.

Eine stärkere touristische und kommunikative Verknüpfung beider Standorte würde dazu beitragen, Besucher verstärkt vom Hundertwasserhaus auch zum Kunst Haus Wien zu führen, die Aufenthaltsdauer von Gästen im Bezirk Landstraße zu erhöhen und das kulturelle Profil des Bezirks weiter zu stärken.

Damit könnte das Gesamterlebnis „Hundertwasser in der Landstraße“ noch klarer sichtbar gemacht und das vorhandene kulturelle und touristische Potenzial des Bezirks besser genutzt werden.

Korrektur der Radquerung Schlachthausgasse Sicherheit Fußgänger: innen

Der Bezirksrat der Wiener Volkspartei Landstraße, **Alexander Wolfinger-Krutz**, stellt gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag. Ulli Sima, wird ersucht, die Radfahrerüberfahrt in 1030 Wien, von der Schlachthausgasse in die Landstraßer Hauptstraße (ONr. 171), welche derzeit über den bestehenden Gehsteig verläuft, zu prüfen und zu berichtigen.

Begründung

Im Bereich der Kreuzung Schlachthausgasse # Viehmarktgasse # Landstraßer Hauptstraße wurde eine neue Radfahrerüberfahrt eingerichtet, die von der Schlachthausgasse in Richtung Landstraßer Hauptstraße über den bestehenden Gehsteig geführt wird. Die derzeitige Markierung führt dort zu erheblichen Platz- und Begegnungskonflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern.

Der derzeit verfügbare Rest-Gehsteigbereich ist in diesem Abschnitt sehr schmal und wird zusätzlich durch starke Fußgängerfrequenzen belastet. Insbesondere durch die unmittelbar angrenzende Apotheke treten regelmäßig Personen aus dem Geschäft auf den Gehsteig und gelangen dabei nahezu direkt in die markierte Radfahrerüberfahrt. Dadurch entstehen unerwartete Konfliktsituationen zwischen Radfahrern und Fußgängern.

Darüber hinaus nutzen Fußgängerinnen und Fußgänger diesen Bereich auch als Warte-/Aufstellfläche für die Rot-/Grünphase zur Querung der Schlachthausgasse als auch der Landstraßer Hauptstraße. Während der Rotphase sammeln sich dort mehrere Personen, wodurch der vorhandene Platz gemeinsam mit wartenden oder querenden Radfahrern nicht ausreicht. Folglich wurden gegenseitige Behinderungen, Ausweichbewegungen sowie gefährliche Situationen beobachtet.

Durch die derzeitige Markierung kommt es somit zu einer Überlagerung von Warte-/Aufstellflächen für Fußgänger und Bewegungsflächen für Radfahrer, ohne ausreichende räumliche Trennung.

Aus diesen Gründen erscheint eine Überprüfung der derzeitigen Markierung und Führung des Radfahrerübergangs sinnvoll. Ziel sollte eine klare und ausreichend dimensionierte Trennung der Verkehrsflächen für Fußgänger und Radfahrer sein, um Konflikte zu vermeiden und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Nachfolgende Bilder zeigen die Radüberfahrt über den Gehsteig:





3., Landstraße

Gemäß § 24. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellt die unterfertigende Bezirksrätin für die Sitzung der Bezirksvertretung am 19.3.2026 nachfolgenden

Antrag

„Schilderwald“ ampelgeregelter Übergang Ungargasse /Beatrixgasse

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wr. Stadtwerke Frau Mag. Uli Sima wird unter Einbindung der zuständigen Stellen (MA 46, MA 28) ersucht, die Verkehrszeichen, die an dieser Stelle (teilweise auf dem Gehsteig) auf 3 einzelnen Stangen angebracht sind, entweder auf eine zu reduzieren und/oder auch zu versetzen. Es wäre durch die Entfernung des Schilderwaldes die Enge für Fußgänger:innen beseitigt.

Begründung:

Für Fußgänger:innen wäre durch die Entwirrung des Schilderwaldes der Überquerung der Straße ohne Hindernis besser und sicherer möglich.

BRin Susanne Empacher





ÜBERPRÜFUNG BARRIEREFREIER GEHSTEIG IM BEREICH HAFENGASSE 5-13

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von KPÖ & LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima wird ersucht, die Gehsteigsituation im Bereich Hafengasse 5-13 hinsichtlich einer möglichen Verbesserung im Sinne der Barrierefreiheit zu überprüfen.

Begründung

In der Hafengasse wohnen Menschen mit Behinderungen, die auf einen (motorisierten) Rollstuhl angewiesen sind.
Ein schmaler Gehsteig und eine nicht gerade Bauflucht verhindern das Benutzen der Gehwege mit dem Rollstuhl, da über die Bordsteinkante hinaus gefahren werden muss, wodurch die Gefahr des Kippens des Rollstuhles entsteht.

BR Mag. Daniel Harrasser

FÜR EINE FREIE DURCHFAHRT DES 77A: PRÜFUNG EINER MÖGLICHEN AUFLÖSUNG EINER PARKSPUR IN DER RABENGASSE

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von KPÖ & LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

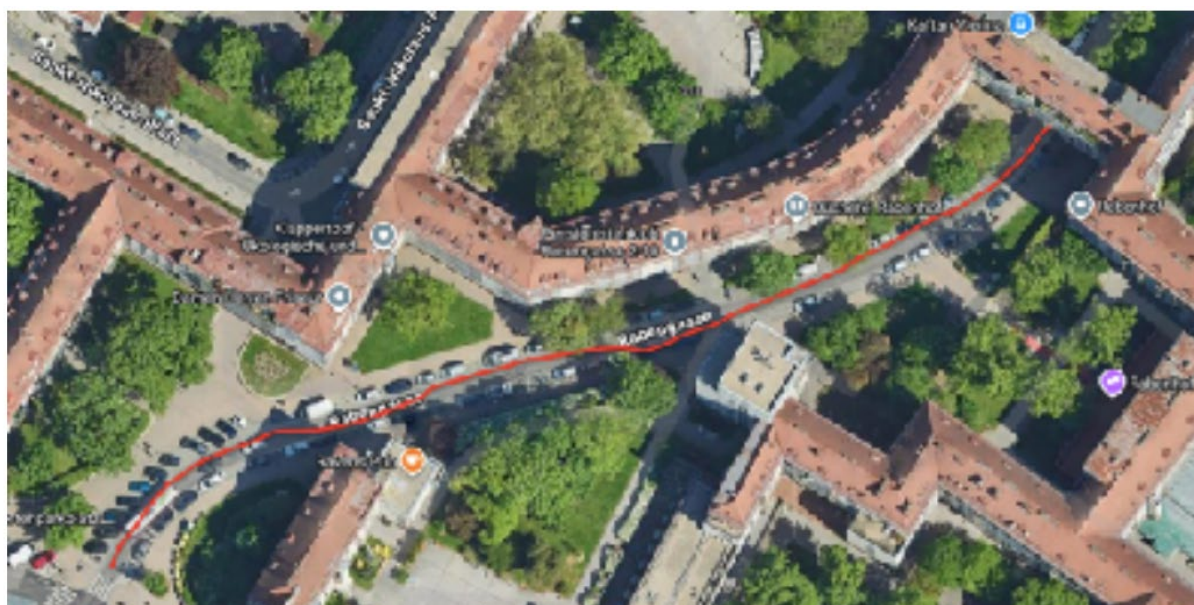
Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima wird ersucht zu überprüfen, ob eine Parkspur in der Rabengasse zwischen Kardinal-Nagl-Platz und Baumgasse aufgelöst werden könnte und ob dies die Durchfahrt der Buslinie 77A erleichtern könnte.

Begründung

Der Bus 77A kommt wegen parkender Autos beiderseits oft nur zentimeterweise voran, da die Rabengasse auf beiden Seiten von parkenden Autos und Motorrädern in Längs- und Querparkstreifen eingengt ist. Dies verzögert die Durchfahrt.

BR Mag. Daniel Harrasser



ÜBERPRÜFUNG RODELSTRASSE IN DER ELISABETH-T.-SPIRA-PROMENADE

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von KPÖ & LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

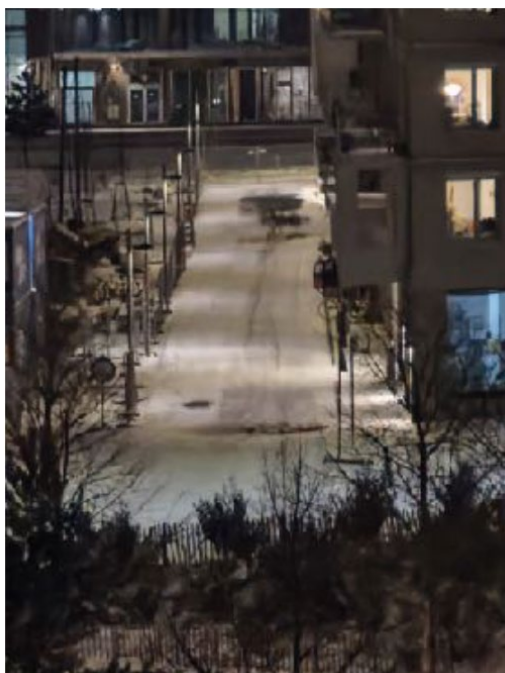
Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima wird ersucht, die Umsetzung einer Rodelstraße in der Elisabeth-T.-Spira-Promenade zu überprüfen.

Begründung

Rodeln ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung für Kinder, Rodelstraßen gibt es in Wien seit den 1950er-Jahren. Die Elisabeth-T.-Spira-Promenade ist ein 100m langes Straßenstück mit leichter Abwärtsneigung im neuen Stadtteil Village im 3. Da dieser Stadtteil autofrei ist, muss diese Straße nicht einmal extra für den motorisierten Verkehr gesperrt werden, um den Kindern das Schlittenfahren zu ermöglichen.

Dieses Jahr erwies sich der Jänner als sehr schneereich. Viele Familien im Bezirk können sich andere Wintersportarten kaum leisten. Der Bezirk und die Stadt könnten mit dieser kleinen Maßnahme für ein großes Vergnügen bei Jung und Alt sorgen, und der Aufenthalt und die sportliche Betätigung im Freien tragen zur Gesundheit aller bei.

BR Mag. Daniel Harrasser



Sprecher:in: BR Amir Hassan

Errichtung einer digitalen Amtstafel am Amtshaus Landstraße

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, Barbara Novak und die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag^a Ulli Sima, sowie die zuständigen Stellen der Stadt Wien die Magistratsabteilungen 01, 53 und 28 werden ersucht, die Errichtung einer digitalen Amtstafel an der Außenseite des Amtshauses Landstraße zu prüfen und in die Wege zu leiten.

Begründung

Durch die Anbringung direkt am Amtshaus würde ein gut sichtbarer und zentraler Informationspunkt geschaffen, der den Zugang zu bezirksrelevanten Informationen erleichtert und das Informationsangebot des Bezirks zeitgemäß ergänzt. Digitale Amtstafeln haben sich in zahlreichen Gemeinden bereits als modernes und bürger:innennahes Medium etabliert.

Sprecher:in: BR Hakan Can

Errichtung von Defibrillator-Stationen im Bezirk

Landstraße

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die Errichtung von Defibrillator-Stationen im Bezirk Landstraße zu prüfen.

Es werden folgende Orte für die Aufstellung von Defi-Anlagen vorgeschlagen:

- Radetzkyplatz
- Volksschule Aron Menczer
- Leonie-Rysanek-Park
- Modenapark

Begründung

Der Ausbau des öffentlichen sowie öffentlich zugänglichen Defi-Netzwerkes ist essenziell dafür, um bei Herzstillständen Leben retten zu können. Der Verein puls.at hier gilt als Vorreitermodell für die Bundesländer Österreichs. Mit öffentlichen Awareness-Kampagnen, der Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen wie Polizei und Feuerwehr und einem immer größer werdenden Defi-Netzwerk konnte schon viel erreicht werden. Die Überlebensrate ist von ca. 10 Prozent auf fast 20 Prozent angestiegen, hat jedoch ein Potenzial von bis zu 50 Prozent.

Da die Überlebensrate pro Minute sinkt, sind couragierte Ersthelfer oder Ersthelferin auf Defibrillatoren in ihrer Nähe angewiesen. Durch einen unmittelbaren Einsatz mit Defi kann die Überlebensrate laut Studien stark gesteigert werden. Hier möchten wir als Bezirk unseren Beitrag leisten und das öffentliche Defi-Netzwerk ausbauen und stärken. Laut der Karte von definetzwerk.at gibt es in der Landstraße noch blinde Flecken, die geschlossen werden können.

Sprecher:in: BR Cappar Hajo

Verkehrssicherheit im Abschnitt Löwengasse 41-43/Kegelgasse

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, im Bereich Löwengasse 41–43 / Kegelgasse geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu prüfen und umzusetzen, insbesondere:

- die Durchführung einer verkehrssicherheitstechnischen Prüfung im Bereich der Kreuzung Löwengasse 41–43 / Kegelgasse;
- die Errichtung eines Geländers anstelle der bestehenden Polleranlage oder ergänzend zu dieser im Bereich der Kegelgasse und des Gemeindebaus Hundertwasserhaus (Löwengasse 41–43), um ungesicherte und verkehrsgefährdende Querungen von Fahrbahn und Gleisanlagen im Umfeld der Sehenswürdigkeit wirksam zu unterbinden.

Begründung

Das Hundertwasserhaus zieht als international bekannte Sehenswürdigkeit täglich zahlreiche Besucher:innen an. Immer wieder ist zu beobachten, dass Tourist:innen im Bereich der Löwengasse Fahrbahn und Gleise außerhalb gesicherter Querungsstellen überqueren, um Fotos zu machen oder direkt zum Gebäude zu gelangen.

Gerade vor Ort zeigt sich, dass die bestehende Polleranlage keine ausreichende Lenkungswirkung erreicht. Dadurch entstehen regelmäßig gefährliche Situationen für Fußgänger:innen, den öffentlichen Verkehr und den übrigen Straßenverkehr.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erscheint daher eine bauliche Adaptierung in Form eines durchgehenden Geländers beziehungsweise einer ergänzenden Abgrenzung samt geeigneter Beschilderung zweckmäßig. Damit könnten gefährliche Querungen reduziert, der Verkehrsfluss verbessert und die Sicherheit aller Beteiligten nachhaltig erhöht werden.

Sprecher:in: BR Philipp Tzaferis

Dauerhafte Instandsetzung der Aufzugsanlagen in der U3-Station Schlachthausgasse

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, sich für eine rasche und nachhaltige Instandsetzung der wiederholt von langwierigen Ausfällen betroffenen Aufzugsanlagen in der U3-Station Schlachthausgasse einzusetzen.

Begründung

Die Aufzugsanlagen der U3-Station Schlachthausgasse waren zuletzt über mehrere Monate außer Betrieb, was auf die Notwendigkeit hinweist, die Aufzugsanlage komplett zu erneuern. Die wiederholten und langwierigen Ausfälle verursachen für zahlreiche Anrainerinnen und Anrainer sowie Fahrgäste erhebliche Einschränkungen im Alltag. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen, Eltern mit Kinderwagen sowie viele weitere Nutzerinnen und Nutzer ist ein barrierefreier Zugang zum öffentlichen Verkehr unverzichtbar.

Sprecher:in: BRⁱⁿ Fanny Giessmann

Regeln im Familienbad Schweizergarten kindgerecht sichtbar machen

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, im Familienbad Schweizergarten für die Anbringung von Schildern/Tafeln zu sorgen, auf denen die für den Badebesuch geltenden Regeln in einer für Kinder leicht verständlichen und nachvollziehbaren Form (etwa durch Bilder/Piktogramme) dargestellt sind.

Begründung

Die in den Familienbädern geltenden Regeln (z.B. keine Getränke oder Taucherbrillen im Becken) sind zwar einsehbar, jedoch nicht in einer für jüngere Kinder, die z.B. noch nicht (gut) lesen können, verständlichen Form. Es wäre für Gäste und auch Beschäftigte hilfreich, wenn die jungen Badegäste auf die Regeln durch Bilder oder Piktogramme hingewiesen werden können.

Sprecher:in: BR Robert Boden

Verbesserung Kreuzungssituation

Fruethstraße / Erdbergstraße

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, im Interesse der Verkehrssicherheit zu prüfen, ob und welche Maßnahmen gesetzt werden können, um die Situation für Verkehrsteilnehmer:innen, die von der Fruethstraße in die Erdbergstraße einbiegen, zu verbessern und sicherer zu gestalten.

Begründung

Die Fruethstraße mündet in einer Kurve in die Erdbergstraße. Durch parkende Fahrzeuge auf der rechten Seite der Erdbergstraße ist die Sicht beim Einbiegen stark eingeschränkt. Dadurch sind Lenker:innen, die von der Fruethstraße in die Erdbergstraße einbiegen wollen, gezwungen, weit in den Einmündungsbereich vorzufahren, um ausreichende Sicht auf den Verkehr zu erhalten. Dies führt zu einer potenziell gefährlichen Situation und beeinträchtigt die Verkehrssicherheit für alle Beteiligten. Es wird daher ersucht, die Situation zu überprüfen und mögliche Maßnahmen zu ergreifen, um diese Gefahrenstelle zu entschärfen.

Sprecher:in: BRⁱⁿ Christa Dworschak

Umsetzung einer Biodiversitätsfläche

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der der SPÖ Landstraße für die Sitzung am Donnerstag, 19. März 2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, unter Einbindung der zuständigen Magistratsabteilungen vor der Schule in der Hörneggasse 12 eine Biodiversitätsfläche nach dem Vorbild des Projekts „Spatz & Biene“ in der Erdbergstraße zu schaffen und die Umsetzung gemeinsam mit den Schüler:innen zu ermöglichen.

Begründung

Die Schaffung einer Biodiversitätsfläche stärkt die Artenvielfalt im städtischen Raum und bietet insbesondere Bestäubern und Vögeln zusätzlichen Lebensraum. Zugleich verbessert sie das lokale Mikroklima, wertet den öffentlichen Raum auf und ermöglicht den Schüler:innen eine unmittelbare Auseinandersetzung mit Natur- und Umweltthemen.



Rednerin: Gertraud Wollansky

Errichtung einer Luftgütemessstation am Landstraßer Gürtel

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky und die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, am Landstraßer Gürtel eine Luftgütemessstation zu errichten, um die tatsächliche Schadstoffbelastung vor Ort laufend zu erfassen. Als besonders geeigneter Standort wird die Kreuzung Adolf-Blamauer-Gasse / Landstraßer Gürtel angeregt.

BEGRÜNDUNG

Die Messwerte im Jänner haben gezeigt, dass die Luftbelastung, insbesondere beim Feinstaub, teilweise katastrophale Ausmaße angenommen hat. Gerade deshalb ist es notwendig, dass die Stadt Wien dort misst, wo Menschen tatsächlich unterwegs sind, leben, zu Fuß gehen, Rad fahren und sich im Alltag aufhalten.

Viele Menschen wohnen entlang des Landstraßer Gürtels, mit der Besiedlung des Village im Dritten kommen sehr viele dazu, die unmittelbar den Luftschadstoffemissionen durch den Verkehr in diesem Bereich ausgesetzt sind.

Um die tatsächliche Belastung der Bevölkerung durch Schadstoffe realistisch erfassen zu können, braucht es daher eine Luftgütemessstation in diesem Bereich. Nur wenn dort gemessen wird, wo Menschen tatsächlich der Belastung ausgesetzt sind, kann die Stadt Wien die Lage seriös bewerten und bei Bedarf geeignete Maßnahmen setzen.

Als idealer Standort erscheint die Kreuzung des Landstraßer Gürtels mit der Adolf-Blamauer-Gasse, weil dort die reale Belastung der Bevölkerung am Gürtel besonders gut erfasst werden kann.



Redner: BR Dominik Kraft

Beauftragung einer Sozialraumanalyse für Alt Erdberg

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, zu beauftragen, das Team FOCUS des FSW eine Sozialraumanalyse durchführen zu lassen. Das Erhebungsgebiet soll umfassen die Erdbergstraße zwischen Wassergasse bis Schlachthausgasse, den Kardinal-Nagl-Platz, den Fiakerplatz und den Leonie-Rysanek-Park unter Berücksichtigung der für den Sozialraum relevanten umliegenden Gebiete.

BEGRÜNDUNG

Der Bereich rund um die Erdbergstraße zwischen Wassergasse und Schlachthausgasse, den Kardinal-Nagl-Platz, den Fiakerplatz sowie den Leonie-Rysanek-Park ist ein stark frequentierter und vielfältig genutzter Stadtraum. In diesem Gebiet treffen unterschiedliche Nutzungsansprüche aufeinander: Wohngebiet, Gewerbe, Gastronomie, soziale Einrichtungen, öffentliche Plätze und Grünräume werden von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen intensiv genutzt.

In den vergangenen Jahren haben sich Nutzungsmuster und soziale Dynamiken im Gebiet sichtbar verändert. Gleichzeitig werden aus der Bevölkerung, von lokalen Einrichtungen sowie von Gewerbetreibenden unterschiedliche Anliegen und Wahrnehmungen hinsichtlich Aufenthaltsqualität, Nutzung öffentlicher Räume, sozialer Herausforderungen und möglicher Nutzungskonflikte an die Bezirksvertretung herangetragen.

Eine fundierte Sozialraumanalyse durch das Team FOCUS des Fonds Soziales Wien kann dazu beitragen, die Situation im öffentlichen Raum systematisch zu erfassen. Ziel ist es, die Perspektiven verschiedener Nutzer:innengruppen sichtbar zu machen, bestehende Ressourcen im Sozialraum zu identifizieren sowie mögliche Problemlagen und Konfliktfelder besser zu verstehen. Durch Gespräche mit Anrainer:innen, lokalen Einrichtungen, Nutzer:innen des öffentlichen Raums sowie durch Beobachtungen vor Ort kann ein differenziertes Bild der sozialen Situation im Gebiet gewonnen werden.

Die Ergebnisse einer solchen Analyse stellen eine wichtige Grundlage für evidenzbasierte Maßnahmen dar. Sie ermöglichen es dem Bezirk und den zuständigen Stellen der Stadt Wien, bedarfsorientierte und zielgerichtete Schritte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität, zur Unterstützung sozialer Strukturen sowie zur Stärkung eines guten Zusammenlebens im öffentlichen Raum zu setzen.

Gerade in einem dicht bebauten und stark genutzten Grätzl ist eine sorgfältige Betrachtung des Sozialraums wesentlich, um nachhaltige und wirksame Lösungen entwickeln zu können. Eine Sozialraumanalyse bietet daher eine wertvolle Entscheidungsgrundlage für zukünftige Maßnahmen im Sinne der Bewohner:innen dieses Stadtteils.

BR Siegrid Widhalm



Berücksichtigung von steigender Pollenbelastung in der Baumpflanzung

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal und die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht im Sinne der Smart Klima City Strategie Wien und des Klimafahrplans die durch den Klimawandel steigende Pollenbelastung in Begrünungsmaßnahmen zu berücksichtigen, indem Baumarten auf ihre Pollenbelastung geprüft werden.

BEGRÜNDUNG

Die Zahl der Allergiker:innen steigt mit dem Klimawandel und der Luftverschmutzung. Gleichzeitig verlängert sich die Pollensaison und wird zum Teil intensiver. Im Sinne der Smart City Strategie und den Zielen des Klimafahrplans der Stadt Wien sollten diese Faktoren in Stadtentwicklungsprojekten, sowie Baumpflanzungen berücksichtigt werden. In der Auswahl welche Baumarten gepflanzt werden, sollten Pflanzen mit Hauptallergenen vermieden werden.

BRin Franziska Marhold



Rednerin: BRin Siegrid Widhalm

Bücherschrank am Kardinal-Nagl-Park

Der unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Jürgen Czernohorszky, wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, zu beauftragen, das am Kardinal-Nagl-Park erneut ein öffentlicher Buchschrank eingerichtet wird.

BEGRÜNDUNG

Am Kardinal-Nagl-Platz stand bis Mai 2025 ein öffentlicher Bücherschrank, der aufgrund von Vandalismus entfernt wurde. Ein solcher Bücherschrank ist jedoch ein wertvolles niederschwelliges Angebot für die Nachbarschaft: Er fördert den Zugang zu Literatur, den kulturellen Austausch und das Miteinander im Grätzl. Seit seiner Entfernung wird dieses Angebot von vielen Bewohner:innen vermisst.

Es wäre von großer Bedeutung, wenn ein gemeinschaftsförderndes Angebot im öffentlichen Raum weiterhin bestehen kann. Eine Wiederaufstellung eines Bücherschranks am Kardinal-Nagl-Platz wäre daher ein wichtiges Signal für kulturelle Teilhabe und nachbarschaftliches Engagement.

BR Manuel Lackner

Redner: BR Dominik Kraft

Errichtung eines Schutzweges

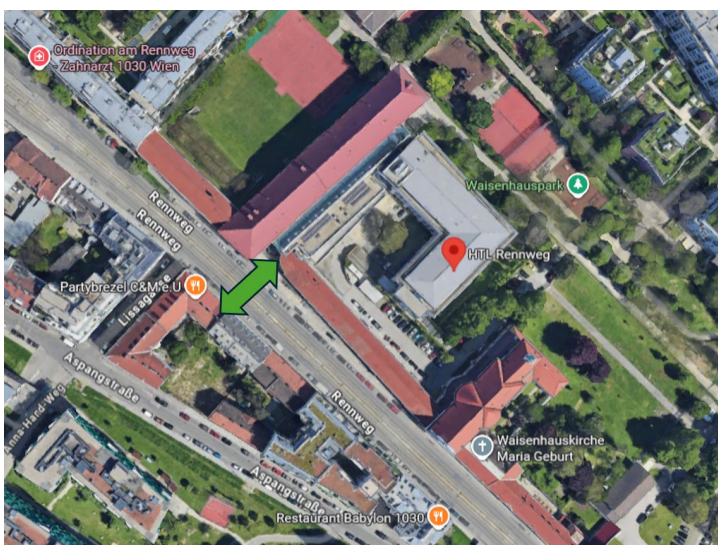
Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, zu beauftragen, einen Schutzweg auf der Höhe HTL Rennweg am Rennweg 89b, 1030 Wien zu errichten.

BEGRÜNDUNG

Die Schülerinnen-Vertretung der HTL Rennweg schildert, dass es vor der Schule leider keine sichere Querungsmöglichkeit der Straße gibt und es daher schon öfter zu gefährlichen Situationen mit Autos und Straßenbahnen am Rennweg gekommen ist. Die Errichtung eines Schutzweges ist daher präventiv notwendig und ein wichtiges Anliegen der Schülerinnen und Schüler.



BR Siegrid Widhalm



Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) für die Umgestaltung der Landstraßer Hauptstraße

Der unterfertigte Bezirksrat der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker und die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht eine Durchführung einer Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) in Bezug auf die geplante Umgestaltung der Landstraßer Hauptstraße zu beauftragen.

Begründung

Chance nutzen - Landstraße gesund planen: Gerade im Zuge der aktuell geplanten Umgestaltung besteht eine seltene und wichtige Gelegenheit, gesundheitliche Aspekte stärker und systematisch in die Stadtplanung einzubeziehen. **Straßenräume haben einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen**, die dort leben, arbeiten oder sich im öffentlichen Raum aufhalten. Aspekte wie Luftqualität, Lärmbelastung, Verkehrssicherheit, Hitzebelastung, Begrünung, Beschattung sowie die Förderung aktiver Mobilität wirken sich direkt auf die körperliche und psychische Gesundheit der Bevölkerung aus.

Aktueller Planungsstand noch unzureichend: Im derzeitigen Planungsstand sind zwar einzelne gesundheitsfördernde Elemente vorgesehen. Viele zentrale Themen einer umfassenden gesundheitsorientierten Stadtplanung werden jedoch bislang nur unzureichend berücksichtigt. Es fehlt an Maßnahmen

- zur **deutlichen Verkehrsberuhigung** und **Beendigung des Durchzugsverkehrs**
- für eine **durchgehende Attraktivierung des öffentlichen Raums für Fußgänger:innen**
- zur **konsequenten Reduktion von Lärm- und Schadstoffbelastungen**.
- um gezielt **Orte der Begegnung zu ermöglichen**

Eine Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) stellt ein geeignetes Instrument dar, um die möglichen Auswirkungen einer solchen Umgestaltung systematisch zu analysieren.

- **Ziel einer GFA ist es**, bereits in der Planungsphase zu untersuchen, welche positiven oder auch negativen Effekte eine Maßnahme auf die Gesundheit der Bevölkerung haben kann. Dabei werden unterschiedliche Faktoren wie Umweltbelastungen, Mobilitätsverhalten, Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sowie soziale Aspekte berücksichtigt.
- Ein zentraler Bestandteil einer GFA ist die **interdisziplinäre Betrachtung verschiedener Politikbereiche**. Da viele Entscheidungen, die die Gesundheit beeinflussen, nicht im Gesundheitssektor selbst getroffen werden – etwa in der Verkehrsplanung, Stadtentwicklung oder Klimapolitik – trägt eine Gesundheitsfolgenabschätzung dazu bei, diese Bereiche besser miteinander zu verknüpfen. Sie ermöglicht es, gesundheitliche Auswirkungen frühzeitig sichtbar zu machen und entsprechende Anpassungen in der Planung vorzunehmen.
- Darüber hinaus berücksichtigt eine GFA auch die **unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen**. Besonders vulnerable Gruppen wie Kinder, ältere Menschen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Personen mit Vorerkrankungen reagieren häufig sensibler auf Umweltbelastungen oder unsichere Verkehrssituationen.
- **Eine systematische Analyse** kann dazu beitragen, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass er für möglichst viele Menschen sicher, zugänglich und gesundheitsfördernd nutzbar ist.

Gerade, weil für den Großteil der Landstraßer Hauptstraße **noch keine finalen Planungen** vorliegen, bietet sich eine Gesundheitsfolgenabschätzung in dieser Phase besonders an. Sie kann wertvolle Hinweise für mögliche Anpassungen liefern und dazu beitragen, dass gesundheitliche Aspekte frühzeitig und umfassend in die weitere Planung einfließen.

Weitere allgemeine Information zur Gesundheitsfolgenabschätzung sind hier zu finden

- https://hiap.goeg.at/was_ist_gfa



Rednerin: Elsa Koller-Baur

Ausweitung der Informationsmaßnahmen zum Thema K.O.- Tropfen im dritten Bezirk

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, und die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung im dritten Bezirk eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema K.O.-Tropfen (Wirkungsweise, Gefahren, Notrufnummern, konkrete Hilfsangebote im Bezirk) umzusetzen und an geeigneten Stellen (wie Abendlokalen, Clubs und anderen öffentlichen Orten im Bezirk) zu platzieren.

BEGRÜNDUNG

Leider haben zahlreiche tragische Ereignisse bzw. Straftaten der letzten Monate und Jahre die Gefahren aufgezeigt, die Frauen und jungen Mädchen durch diverse Betäubungsmittel (wie etwa sogenannte „K.O.-Tropfen“) drohen. Oftmals – wenn auch keineswegs ausschließlich – werden solche Mittel Frauen in Abendlokalen oder auf Partys verabreicht bzw. in ihre Getränke untergemischt.

Auch wenn bereits eine Kampagne der Stadt Wien zu dieser Thematik existiert, wären angesichts der dramatischen Entwicklung zusätzlich verstärkte und spezifische Informationsmaßnahmen im Bezirk sinnvoll und wünschenswert, vor allem, da auch einige stark frequentierte Szenelokale in der Landstraße vorhanden sind (z.B. Arena, Viper Room).

Zielgruppen dieser Informationskampagne sollten neben den potenziellen Opfern und deren Freund:innen/Angehörigen auch Mitarbeiter:innen von Abendlokalen und öffentlichen Stellen sowie letztlich auch die Allgemeinheit sein – mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit für das Thema zu erhöhen, die Gefahr für Frauen so weit wie möglich zu reduzieren und die benötigte Zeitdauer bis zur Hilfeleistung zu minimieren.

BRin Elsa Koller-Baur



Ausweitung der Informationsmaßnahmen zum Thema ME/CFS im dritten Bezirk

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport und die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung im dritten Bezirk eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema ME/CFS umzusetzen, insbesondere zur Sensibilisierung von Praktiker:innen im Gesundheits- und Sozialsystem.

BEGRÜNDUNG

ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis / Chronisches Fatigue Syndrom) ist eine schwere neuroimmunologische Multisystemerkrankung. Trotz der Schwere der Erkrankung und einer hohen Anzahl an Betroffenen ist ME/CFS wenig bekannt, unzureichend erforscht und die Betroffenen sind im Gesundheits- und Sozialsystem schlecht versorgt. Eine erste Hürde ist es für Betroffene, die korrekte Diagnose zu erhalten. Internationale Studien gehen davon aus, dass 84-90% der ME/CFS-Betroffenen keine (richtige) ME/CFS-Diagnose haben. Im DACH-Raum dauert es vom Auftreten der Symptome bis zur Diagnose durchschnittlich fünf Jahre. Damit geht Zeit verloren, in der eine erste Behandlung und das Management von ME/CFS unterstützend wirken und den Gesundheitszustand verbessern könnten. Stattdessen kann sich durch falsche Behandlung der Zustand der Betroffenen in dieser Zeit irreversibel verschlechtern.

Eine frühe und richtige Diagnose wäre aber für Betroffene wichtig, da sie zu einer besseren Prognose führt. Sensibilisierungs- und Informationsarbeit insbesondere bei Hausärzt:innen als erste Anlaufstelle würde dazu beitragen, eine frühzeitige Diagnose zu gewährleisten.

BRin Adrijana Novaković



Redner: BR Harald Baur

Umsetzung Tempo 30 auf der Landstraßer Hauptstraße zwischen Schlachthausgasse und Juchgasse

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien (u.a. MA46), zu beauftragen, auf der Landstraßer Hauptstraße zwischen Schlachthausgasse und Juchgasse eine Geschwindigkeitsbegrenzung von sichereren, und lärmreduzierenden 30 km/h für den Autoverkehr zu prüfen und bei positiver Prüfung vorzunehmen.

BEGRÜNDUNG

Im Zuge des Baustellenstarts 2026 auf der Landstraßer Hauptstraße werden im Abschnitt zwischen Schlachthausgasse und Juchgasse baulich getrennte Einrichtungsradwege errichtet. Seitens der Stadt Wien und der Bezirksvorstehung wird betont, dass es sich dabei um den ersten Bauabschnitt handelt. In einem weiteren Schritt sollen im mittleren Abschnitt der Landstraßer Hauptstraße zwei Begegnungszonen geschaffen werden. Eine dieser Begegnungszonen ist zwischen Juchgasse und Barichgasse vorgesehen.¹

Da in Begegnungszonen eine erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h gilt, erscheint es verkehrsplanerisch sinnvoll und notwendig, im vorgelagerten Abschnitt zwischen Schlachthausgasse und Juchgasse eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h festzulegen. Ohne eine solche Anpassung müsste der Kfz-Verkehr –

einschließlich des Individualverkehrs sowie der Buslinie 74A – aus einer Geschwindigkeit von 50 km/h unmittelbar vor der Begegnungszone stark abbremsen, um sich in den dortigen Mischverkehr mit Fuß- und Radverkehr einzuordnen. Eine vorgelagerte Tempo-30-Zone würde einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss ermöglichen und die Verkehrssicherheit im Übergangsbereich deutlich erhöhen.

Darüber hinaus stellt Tempo 30 einen zentralen Bestandteil zeitgemäßer urbaner Verkehrsplanung dar. Niedrigere Geschwindigkeiten tragen wesentlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, zur Reduktion von Lärm und Emissionen sowie zu einer höheren Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bei.

Die Landstraßer Hauptstraße ist eine stark frequentierte Geschäftsstraße, auf der täglich zahlreiche Fußgänger:innen unterwegs sind und die zugleich intensiv von Radfahrenden sowie vom öffentlichen Verkehr genutzt wird. Eine Geschwindigkeitsreduktion auf 30 km/h im genannten Abschnitt würde daher einen wichtigen Beitrag zu einem sicheren und stadtverträglichen Verkehrsablauf leisten.

BR Siegrid Widhalm

¹ <https://www.wien.gv.at/landstrasse/landstrasser-hauptstrasse-neugestaltung>



Rednerin: BRin Elsa Koller-Baur

SICHERER UND LEISTBARER ZUGANG ZU SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHEN

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am 19.03.2026 folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Landstraße bekennt sich klar und unmissverständlich zum sicheren, leistbaren und diskriminierungsfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen im Bezirk Landstraße, als zentralem Bestandteil reproduktiver Rechte und gesundheitlicher Versorgung von Frauen und gebärfähigen Personen.

BEGRÜNDUNG

Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist ein fundamentales Menschenrecht und ein wesentlicher Bestandteil körperlicher Selbstbestimmung. In einer Zeit, in der reproduktive Rechte weltweit unter Druck geraten, ist ein klares Bekenntnis auf lokaler Ebene umso wichtiger. Gesundheitliche Versorgung muss für alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus zugänglich sein. Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht durch finanzielle, geografische oder soziale Barrieren erschwert werden.

Ein sicherer Zugang bedeutet eine medizinisch fundierte, niederschwellige und wohnortnahe Versorgung; umfassende, mehrsprachige und diskriminierungsfreie Beratung; Kostenübernahme durch öffentliche Stellen sowie Schutz vor Stigmatisierung und politischer Einflussnahme.

Die Bezirksvertretung Landstraße bekennt sich zu einer feministischen Gesundheitspolitik, die reproduktive Rechte schützt und fördert. Sie unterstützt Initiativen, Aufklärung und Solidarität rund um den Safe Abortion Day. Wir wollen einen Bezirk, in dem alle Menschen selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Zukunft entscheiden können – frei von Angst und Diskriminierung.

BRin Elsa Koller-Baur



Resolutionsantrag der Grünen Landstraße in der Sitzung der
Bezirksvertretung am 19.3.2026:

Rednerin: Sandra Schlögl

RESOLUTION FÜR LEISTBAREN ZUGANG ZU UND ERHALT VON FAMILIENBÄDERN

Die Bezirksrät:innen der Grünen Landstraße stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Landstraße bekennt sich klar und unmissverständlich zum Erhalt und zur Ausweitung bzw. zumindest dem Beibehalten der bestehenden Öffnungszeiten von städtischen Familienbädern, insbesondere dem Familienbad Schweizergarten als wichtigen Beitrag zur allgemeinen Gesundheit und sozialen Gerechtigkeit.

BEGRÜNDUNG

Das Familienbad ist für Familien und Kindergärten ein unverzichtbares Sommerangebot. Die Eintrittspreise sind jedoch in den letzten Jahren gestiegen. Der Zugang zu Familienbädern sollte für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein, unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Mitteln. Denn Familienbäder bieten eine wichtige Möglichkeit für Familien, gemeinsame Zeit zu verbringen und soziale Kontakte zu pflegen. Besonders mit im Sommer steigenden Temperaturen, die besonders jene Familien treffen, die auf engem, dicht besiedeltem Raum leben, ist der leistbare Zugang zu Familienbädern essenziell.



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE

Wien – Landstraße



Betreff: Fußgängerfreundlichere Ampelschaltung beim Schwarzenbergplatz 7

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag. Ulli Sima wird ersucht, sich bei der MA 33 für eine fußgängerfreundlichere Ampelschaltung beim Übergang vom Schwarzenbergplatz über den Gleiskörper der Linie 71 zum Haus Schwarzenbergplatz 7 einzusetzen.

Begründung

Die Ampel für die Fußgänger ist an dieser Stelle aufgeteilt zwischen dem Übergang über die Fahrbahnen und einer eigenen Ampel für den Gleiskörper, die auch dann auf rot schaltet, wenn eine Straßenbahn kommt und die Fußgänger für die Überquerung der Fahrbahn grün haben.

Kommt die Straßenbahn nur aus einer Richtung, dann kann der Fußgänger nach kurzem Halt die zweite Fahrbahn überqueren. Kommt eine zweite Straßenbahn aus der Gegenrichtung, dann hat er Fußgänger am Gleiskörper so lange rot, dass das Überqueren der zweiten Fahrbahn nicht mehr möglich ist, da die Fußgängerampel bereits rot zeigt.

Damit kommt es für den Fußgänger zu einer unzumutbaren zusätzlichen Wartezeit. Die Ampelschaltung sollte dort so gestaltet sein, dass ein Überqueren beider Fahrstreifen auch dann möglich ist, wenn zwei Straßenbahnen kommen.

Bez.-Rat KO Dr. Werner Grebner

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE



Wien – Landstraße



Betreff: Straßenreinigung

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 an den sehr geehrten Herrn Bezirksvorsteher folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Umwelt etc. Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, sich bei der MA 48 – Straßenreinigung dafür einzusetzen, dass die Landstraßer Hauptstraße als zentrale Einkaufsstraße gereinigt und sauber gehalten wird.

Begründung

Wien insgesamt, aber besonders einige Richtungsstraßen und dazu zählt die Landstraßer Hauptstraße, liegen in einem Windeinfallswinkel. Das ist grundsätzlich keine neue Erkenntnis, macht sich aber dann besonders unangenehm bemerkbar, wenn die aufgewirbelte, weil nicht gereinigte Straße (Geh-, Fahr- und Radweg) Fußgänger „einstaubt“, was besonders ärgerlich ist, wenn man in der Luft herumfliegende Partikel einatmen muss. Es ist nicht nur der Gesundheit, dem Wohlbefinden und der Ästhetik geschuldet, sondern macht vor allem die Einkaufsstraße Landstraßer Hauptstraße wesentlich attraktiver, wenn diese für alle erkennbar sauber gehalten wird.

Bez.-Rat Mag. Reinhard Pisec, BA MA

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE



Wien – Landstraße



Betreff: Vorlage eines Konzepts für die Begrünung des Flakturms im Arenbergpark

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 an den sehr geehrten Stadtrat für Umwelt folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Umwelt etc. Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, sich für bei der MA 42 für die Begrünung des im Eigentum der Stadt Wien befindlichen Flakturms im Arenbergpark einzusetzen.

Begründung

Zumindest einer der beiden wenig ansehnlichen Flaktürme könnte durch eine Begrünung nach Vorbild der jüngst in der Favoritenstraße 9 und 11 erfolgten Fassadenbegrünung an den von der TU Wien genutzten Häusern ein ansehnlicheres Erscheinungsbild bekommen.

Bez.-Rat Mag. Reinhard Pisek, BA MA



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE
Wien – Landstraße



Betreff: Ersatzteilverratshaltung bei den Wiener Linien

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag. Ulli Sima wird ersucht, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass Ersatzteile für Aufzüge, für die es offenbar immer längere Lieferzeiten gibt, selbst auf Vorrat gelegt werden.

Begründung

Aktuelles Beispiel ist die Liftanlage bei der Station Schlachthausgasse der Linie U3, der wochenlang nicht repariert werden konnte, da es Lieferschwierigkeiten mit Ersatzteilen gab. Derartige lange Betriebsunterbrechungen könnten so vermieden werden.

Bez.-Rat KO Dr. Werner Grebner



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE
Wien – Landstraße



Betreff: Neugestaltung des Fußballkäfig Kolonitzplatz

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Klima und Umwelt Mag. Jürgen Czenohorsky wird ersucht, sich bei der MA 42 für eine Neugestaltung des Fußballkäfigs neben der Volksschule Kolonitzplatz einzusetzen.

Begründung

Der bestehende Fußballkäfig am Kolonitzplatz verfügt derzeit über einen Betonboden. Dieser ist für sportliche Aktivitäten, insbesondere für Kinder und Jugendliche, nur bedingt geeignet. Der harte Untergrund erhöht das Verletzungsrisiko bei Stürzen und erschwert ein angenehmes Spielen. Durch die Umrüstung auf einen modernen Belag könnte die Nutzungsqualität der Anlage deutlich verbessert werden. Eine Aufwertung des Fußballkäfigs würde einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Bewegung, Gesundheit und sozialer Begegnung leisten.

Bez.-Rat Stephan Helml

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE



Wien – Landstraße



Betreff: Markierung Kreuzung Rennweg/Landstraßer Hauptstraße

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der. GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Frau Ulli Sima, wird ersucht, unter Einbindung der zuständigen Stellen (MA 46, MA 28), die Kennzeichnung der Abbiegespuren an der Kreuzung Rennweg/Landstraßer Hauptstraße zu verbessern.

Begründung

Durch den Umbau der Kreuzung kam es zu einigen Änderungen der Spurführungen. Insbesondere im Bereich der Abbiegespuren kommt es häufig zu unklaren Fahrspurenführungen. Für Verkehrsteilnehmer ist nicht immer eindeutig ersichtlich, wie die Spurführung im Kreuzungsbereich verläuft. Dies führt regelmäßig zu unsicheren Fahrmanövern, Spurwechseln innerhalb der Kreuzung und dadurch potenziell zu gefährlichen Situationen. Beim Abbiegen stadteinwärts zum Beispiel kommt es des Öfteren vor, dass sich Autofahrer auf die Gleisspur der Straßenbahn verirren. Stadtauswärts kommt es vor, dass man sich schnell auf die Gegenfahrbahn verirrt.

Eine deutlichere und frühzeitig erkennbare Bodenmarkierung (z. B. Leitlinien oder klarere Spurführung im Kreuzungsbereich) könnte dazu beitragen, die Verkehrsführung für alle Beteiligten verständlicher zu machen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Ich ersuche daher um eine Prüfung der aktuellen Markierungssituation an dieser Kreuzung sowie um die Evaluierung möglicher Verbesserungsmaßnahmen.

Bez.-Rat Sigrun SCHWAB



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE

Wien – Landstraße



Betreff:

Errichtung zusätzlicher Parkflächen bei den Viaduktbögen

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung und Mobilität Mag. Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen zu prüfen, ob im Bereich der Viaduktbögen zusätzliche Parkflächen errichtet werden können

Begründung

Im Bereich der Viaduktbögen stehen derzeit mehrere Geschäftsflächen, sowie deren zugehörigen Einfahrten leer. Gleichzeitig besteht im Bezirk, insbesondere für Anrainer, sowie Besucher der umliegenden Betriebe, ein erheblicher Mangel an verfügbaren Parkplätzen. Die vorhandenen, derzeit ungenutzten Flächen könnten somit als zusätzliche Parkflächen genutzt werden. Dies würde nicht nur die Parksituation erheblich verbessern, sondern auch den lokalen Wirtschaftsstandort stärken, indem Kunden eine bessere Erreichbarkeit der verbleibenden Geschäfte ermöglicht wird. Eine Prüfung diesbezüglich, würde somit sowohl den Anrainern, als auch den lokalen Betrieben zugutekommen.

Bez.-Rat Stephan Helml



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE Wien – Landstraße



Betreff: Versetzung der Baumscheibe – Landstraßer Hauptstraße 165

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 19.03.2026 folgenden

Antrag

Die amtsführende Statdträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag. Ulli Sima wird ersucht, sich bei der MA 28 dafür einzusetzen, dass im Zuge der für das Frühjahr geplanten Umbaumaßnahmen im Bereich Landstraßer Hauptstraße 165 die bestehende Baumscheibe geprüft und eine Versetzung derselben berücksichtigt wird, um die bestehende Engstelle im Gehsteigbereich zu entschärfen.

Begründung

Vor der genannten Liegenschaft befindet sich derzeit eine Baumscheibe, welche aktuell nicht mit einem Baum bepflanzt ist. Gleichzeitig kommt es im Bereich des Gehsteiges zu einer räumlichen Engstelle für Fußgänger, insbesondere im Bereich des Schanigartens.

Da laut aktueller Planung im Frühjahr bauliche Maßnahmen in diesem Bereich erfolgen sollen, erscheint es sinnvoll, die Baumscheibe im Zuge dieser Arbeiten zu versetzen und damit die Gehsteigsituation zu verbessern.

Da derzeit kein Baum vorhanden ist, wäre eine Versetzung mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich und könnte gleichzeitig zu einer dauerhaften Verbesserung der Fußgängerführung beitragen.



Bez.-Rat Ing. Stephan Willenig, MSc



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE

Wien – Landstraße



Betreff: Anwohnerparken

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 11.12.2025 an die sehr geehrte Stadträtin für Stadtentwicklung folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima wird ersucht, in der Schrottgasse 4 – 6 die Errichtung einer Anwohnerparkzone zu prüfen und entsprechend umzusetzen, um die Parkplatzsituation für die dort wohnhafte Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

Begründung

Im Bereich der Schrottgasse 4-6 ist die Parkplatzsituation bereits seit längerer Zeit äußerst angespannt. Bewohner finden selbst zu Randzeiten kaum freie Stellplätze. Zusätzlich wird der Bereich häufig von Fahrzeugen aus anderen Bezirken genutzt, was die ohnehin belastete Lage weiter verschärft. Eine Anwohnerparkzone würde sicherstellen, dass die dort lebenden Menschen wieder verlässlicher Parkmöglichkeiten vorfinden und die Wohnqualität in der Umgebung verbessert.

Bez.-Rat Stephan Helml

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE

Wien – Landstraße



Betreff: Bodenmarkierung Kreuzung Rennweg/Landstraßer Hauptstraße

Der unterfertigte Bezirksrat der FPÖ – Landstraße stellt gemäß § 24 der. GO der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am 11.12.2025 folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Frau Ulli Sima, wird ersucht, unter Einbindung der zuständigen Stellen (MA 46, MA 28), die ehemalige Kennzeichnung der Geradeauspur an der Kreuzung Rennweg/Landstraßer Hauptstraße wiederherzustellen.

Begründung

Seit dem Umbau der Kreuzung ist die rechte Fahrspur ausschließlich als Abbiegespur markiert. Die linke Fahrspur dient nun als einzige Möglichkeit zum Geradeausfahren. Befindet sich jedoch eine Straßenbahn an der Kreuzung, ist es für den Individualverkehr praktisch nicht möglich, sich ordnungsgemäß auf der linken Spur einzuordnen, ohne dabei die neu gekennzeichnete Sperrfläche zu überfahren. Dadurch entstehen Unsicherheiten sowie potenziell gefährliche Verkehrssituationen.

Um einen sicheren und flüssigen Verkehrsfluss sowie eine eindeutige und praxisgerechte Spurführung zu gewährleisten, wird daher die Wiederanbringung der ursprünglichen Geradeauspur-Markierung ersucht.



Bez.-Rat Sigrun SCHWAB

Antrag betreffend die Errichtung einer sicheren Querungsmöglichkeit der Baumgasse an der Kreuzung zur Nottendorfer Gasse

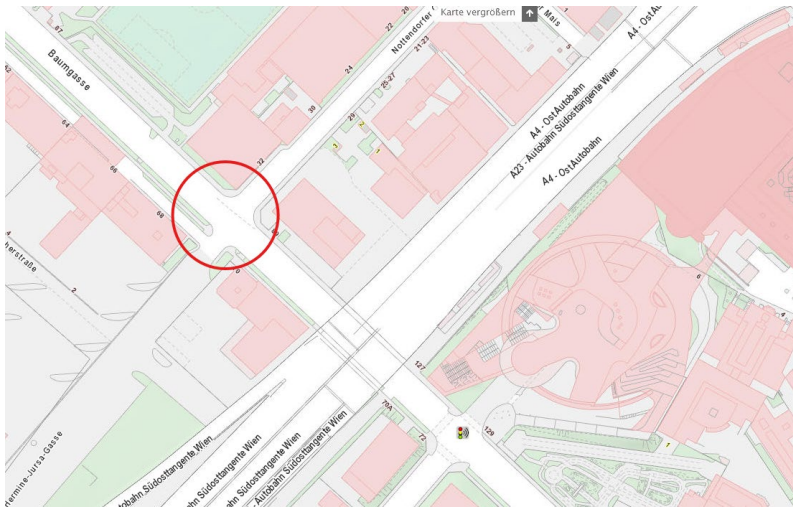
Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulli Sima, wird ersucht zu prüfen, welche Sicherungsmöglichkeiten es für Fußgänger- und RadfahrerInnen gibt, damit die Baumgasse an der Kreuzung zur Nottendorfer Gasse gefahrlos überquert werden kann.

Begründung:

Derzeit gibt es an dieser Stelle keine sichere Querungsmöglichkeit der viel-befahrenen Baumgasse für Fußgänger- und RadfahrerInnen (siehe Bild 1 und 2). Dieser Ort ist für eine Querung äußerst wichtig, da genau hier die direkte Verbindung zwischen der U3 Station Erdberg und dem bestehenden Veranstaltungs-, Wohn- und Geschäftsgebiet in St. Marx verläuft. Durch den möglichen Bau der Evanthalles wird es außerdem relevant, für eine sichere Querung zu sorgen.



Sprecher: BR Mag. Peter Perdau

Wien, am 03.12.2025

Antrag betreffend Sicherheit auf der Kreuzung Neulinggasse/Wassergasse

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Landstraße stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima und die dafür zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, eine farbliche Markierung der Radfahrendenüberfahrt im Kreuzungsbereich Neulinggasse/Wassergasse/Landstraßer Hauptstraße zu prüfen.

Begründung:

In dem genannten Bereich kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen für Radfahrende und Autofahrende. Geradeaus fahrende Radfahrende und geradeaus fahrende Autofahrende kreuzen sich und es ist nicht ganz klar, wer Vorrang hat. Um die Gefahrensituation etwas zu entschärfen und ein Bewusstsein für die anderen Verkehrsteilnehmer:innen zu schaffen wäre es wünschenswert die Überfahrt für Radfahrende zwischen Neulinggasse und Wassergasse farblich zu markieren oder etwaige andere Verkehrssicherungsmaßnahmen zu treffen. Dieses Problem ist kein neues Thema, sondern wurde bereits in der Vergangenheit in der Bezirksvertretung aufgebracht.



Sprecher: BR Jakob Vana

Wien, am 03.12.2025

Bodenmarkierung – Änderung -

Der Bezirksrat der Volkspartei Landstraße, **Ernst Tauschmann**, stellt gemäß § 24 GO für Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße am **11.12.2025** folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Frau Mag. Ulli Sima wird unter Einbindung der zuständigen Stellen (MA 46, MA 28) ersucht, die in 1030 Wien, Rennweg 96 befindliche neu aufgebrachte Bodenmarkierung – Richtungspfeil gerade/rechts – entweder zu entfernen oder zu versetzen. Die jetzige Situation führt nur zur Verwirrung und verleitet zur Begehung einer Verwaltungsübertretung (§ 9 Abs. 7 StVO).

Begründung:

In 1030 Wien, Rennweg kurz vor der Kreuzung mit der Landstraßer Hauptstraße wurde im Zuge der Umgestaltung der Kreuzung und der Neuordnung des Verkehrs Bodenmarkierungen neu aufgebracht. In Höhe des Hauses Rennweg 96 – vor dem Kreuzungsbereich teilt sich eine Fahrspur auf eine Rechtsabbiegespur und eine Geradeausfahrspur auf. Die Bodenmarkierung welche diese Aufteilung vorankündigen soll wurde jedoch an einer Stelle angebracht wo bereits die Teilung stattfindet und verleitet die geradeausfahrenden Fahrzeuge zur Nutzung der Rechtsabbiegespur. Um diese Verwirrung zu beheben wäre eine Entfernung oder eine Zurücksetzung in Höhe des Hauses Rennweg 94 sinnvoll.



Sprecher:in: BR Michael Heiling

Sicherheit und Sichtbarkeit auf der Hauptradverkehrsrouten Gärtnergasse/Bechardgasse

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Fraktion der Sozialdemokrat:innen für die Sitzung am Donnerstag, dem 11. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, zur Verbesserung der Sichtbarkeit und der Sicherheit auf der in der Überschrift genannten Hauptradverkehrsrouten Folgendes durchzuführen:

- Verkehrssicherheitstechnische Prüfung der Kreuzung Gärtnergasse/Czapkagasse, mit dem Ziel, die Sicherheit auf der beschriebenen Hauptradverkehrsrouten zu verbessern;
- Adaption des Verkehrsschildes „Radroute“ an der Ecke Bechardgasse/Kegelgasse für den nach Nordosten fahrenden Verkehr, so dass der Pfeil auf dem Verkehrsschild in Richtung Radetzkyplatz in die Bechardgasse weist.

Begründung

Die MA 18 listet die Gärtnergasse und ihre Verlängerung Bechardgasse als Hauptradverkehrsrouten. Die Kreuzung dieser Routen mit der Czapkagasse (es gilt „Rechts vor Links“) gestaltet sich als für Verkehrsteilnehmer:innen unübersichtlich, sodass es mitunter zu gefährlichen Situationen kommt. Eine pragmatische operative (und verhältnismäßig kostengünstige) Lösung wäre etwa hier, dem Verkehr auf der Gärtnergasse Vorrang zu geben oder ein Verkehrszeichen „Halt“ für den Gesamtverkehr aus der Czapkagasse zu setzen. Dies sollte im Rahmen einer verkehrssicherheitstechnischen Prüfung erwogen werden.

An der Kreuzung Bechardgasse/Kegelgasse befindet sich derzeit außerdem noch ein Radrouten-Verkehrsschild, das den Radverkehr Richtung Radetzkyplatz über die Kegelgasse und die Untere Viaduktgasse umleitet. Da die Bechardgasse mittlerweile an dieser Stelle für den Radverkehr gegen die Einbahn geöffnet ist, erzeugt dieses Verkehrsschild zusätzlichen Linksabbiegeverkehr. Es sollte daher adaptiert werden.



Radüberfahrt Adolf-Blamauer-Gasse / Otto-Preminger-Straße

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 11.12.2025 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien (u.a. MA46), zu beauftragen, an der Kreuzung Adolf-Blamauer-Gasse/Otto-Preminger-Straße eine Radüberfahrt zu prüfen und gegebenenfalls zu errichten.

Begründung

Radfahrende wollen vom Zweirichtungsradweg in der Adolf-Blamauer-Gasse kommend in die Otto-Preminger-Straße fahren und umgekehrt. Dies betrifft vor allem Eltern, die ihre Kinder mit dem Rad in die Schule (Bildungscampus Aron Menczer) bringen oder begleiten bzw. von der Schule nachhause fahren. Besonders im Frühverkehr ist eine sichere Querung der Adolf-Blamauer-Gasse mangels Radüberfahrt nicht möglich. Vom Gürtel aus kommende Radfahrende fahren daher mitunter am gegenüberliegenden Gehsteig oder auf der Straße, um in die Otto-Preminger-Straße rechts einbiegen zu können. Zwar befinden sich „Achtung Fahrräder queren“-Piktogramme auf der Fahrbahn, jedoch kommen Radfahrende bei hohem Verkehrsaufkommen (v.a. morgens) gar nicht in die Situation, die Straße zu queren, da sie benachrangt sind. Schon lange besteht seitens des Bildungscampus der Wunsch, hier eine sichere Querung zu ermöglichen.

Gemäß der RVS 03.12.13 sind Radfahrerüberfahrten ohne Signalregelung bei nachstehenden Gegebenheiten *nicht* zu lässig:

- Im freien Streckenbereich von Schienenstraßen
- Wenn Radfahrer mehr als einen Fahrstreifen pro Richtung überqueren müssen
- Wenn keine ausreichenden Sichtverhältnisse gegeben sind bzw. hergestellt werden können
- Im Nahbereich von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA)

Keiner dieser Fälle trifft zu. Zudem sind ausreichende Sichtweiten gegeben.

Um einen sicheren Schulweg zu gewährleisten braucht es eine Radüberfahrt.

Darüber hinaus ist es eine wichtige Radverbindung vom Grätzl rund um den Kardinal-Nagl-Platz, vom Eurogate und vom Village im Dritten aus Richtung Gürtelradweg/Hauptbahnhof.

Sollte eine durchgehende Radüberfahrt nicht möglich sein, so ist ausreichend Platz für eine Verkehrsinsel zwischen den beiden Fahrbahnen auf der Adolf-Blamauer-Gasse zu schaffen. Falls es technisch erforderlich ist, die Radüberfahrt in einer Radfahranlage enden zu lassen, so können hier entsprechende Mehrzweckstreifen in der Otto-Preminger-Straße markiert werden.



Luftbild



Blick von der Otto-Preminger-Straße aus; abgeschrägte Gehsteige am Radweg bereits vorhanden



Blick Richtung Otto-Preminger-Straße vom Radweg aus

BRin Mag.a Sandra Schlögl, BA

Verkehrsberuhigung Ludwig-Koeßler-Platz

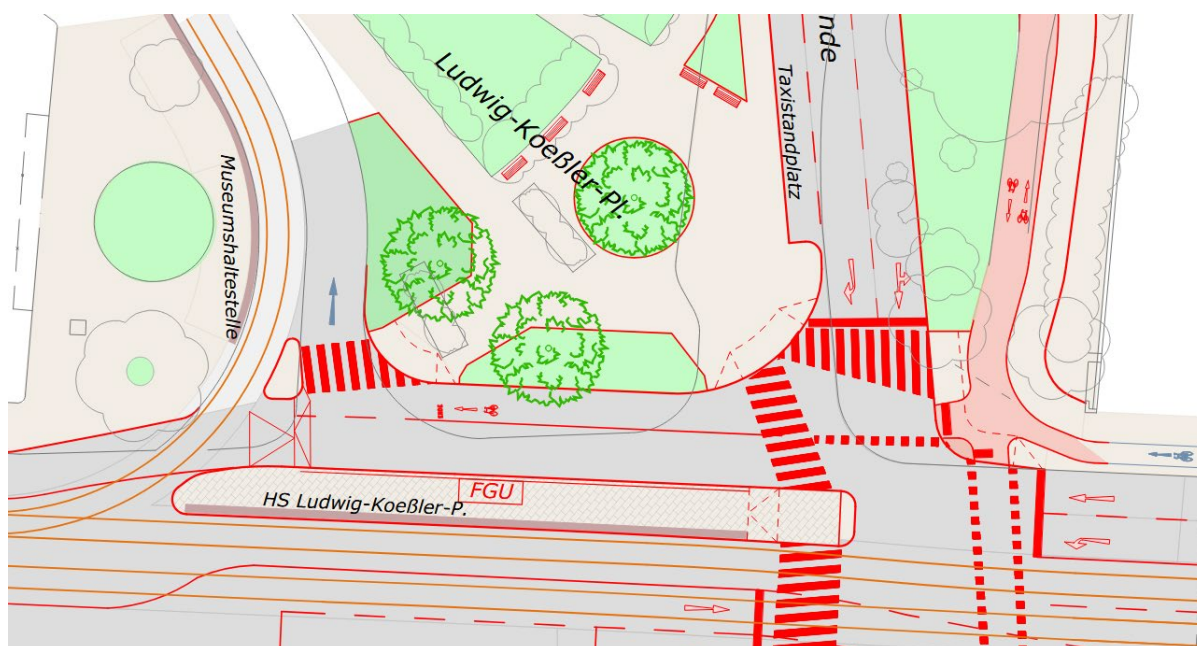
Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 11.12.2025 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien (u.a. MA46), zu beauftragen, im Rahmen des Ausbaus der Straßenbahnlinie 18 die Verkehrswege am Ludwig-Koeßler-Platz derart zu gestalten, dass ein Einbiegen von der Schlachthausgasse in Fahrrichtung Landstraßer Hauptstraße nach rechts auf den Ludwig-Koeßler-Platz unterbunden wird.

Begründung

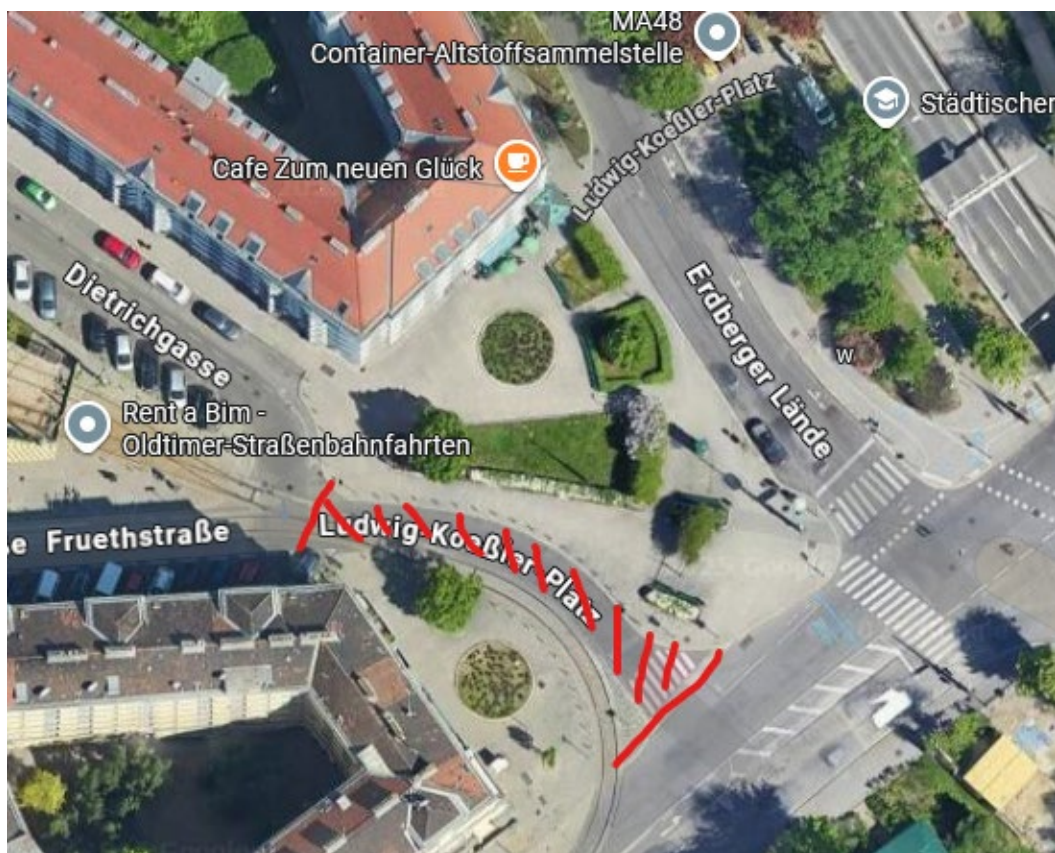
In den veröffentlichten Planungsunterlagen zum Abschnitt Schlachthausgasse, Stadionbrücke https://www.wienerlinien.at/o/document/78-2024-linie18_plp_3-neubau-teil-2 ist ersichtlich, dass zwar die Linksabbiegespur auf der Schlachthausgasse Fahrrichtung Stadionbrücke auf den Ludwig-Koeßler-Platz auf Grund der Haltestelleninsel wegfällt es jedoch weiterhin möglich sein soll, in Fahrrichtung Landstraßer Hauptstraße nach rechts auf den Ludwig-Koeßler-Platz abzubiegen.



Auf dieser Straßenstelle kommt es bereits jetzt auf Grund rechtsabbiegender Fahrzeuge immer wieder zu Verkehrsbehinderungen, welche sich jedoch auf Grund der bisher breiteren Fahrbahn in einem noch erträglichen Rahmen halten, wenngleich es immer wieder zu Konflikten mit Fahrzeugen kommt, deren Ziel die Linksabbiegespur in die Schnirchgasse ist.

Auf Grund der nun einspurigen Fahrbahn ist damit zu rechnen, dass nach rechts von der Schlachthausgasse auf den Ludwig-Koeßler-Platz einbiegende Fahrzeuge zu einer erheblichen Verkehrsverzögerung und damit zu einem Stau des von der Stadionbrücke/der Erdberger Lände nachfolgenden Verkehrs kommen wird. Dies einerseits, da die Fahrtgeschwindigkeit zum Abbiegen stark reduziert werden muss, andererseits, da es immer wieder vorkommt, dass abbiegende Fahrzeuge vor dem Schutzweg anhalten müssen, wenn dieser genutzt wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, dass einzelne Fahrzeuge auf den rechts der Fahrbahn verlaufenden Radweg ausweichen, wodurch es zu einer Gefährdung von Radfahrenden kommen würde.

Die Anrainer:innen der Fruethstraße leiden bereits seit längerem unter dem hohen Verkehrsaufkommen durch Fahrzeuge welche die Fruethstraße als Abkürzung der Fahrtstrecke zur Erdbergstraße nutzen, um die Ampel auf der Kreuzung Schlachthausgasse/Erdbergstraße zu umfahren. Für diese bedeutet ein Unterbinden des Rechtsabbiegens auf den Ludwig-Koeßler-Platz einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität.





Fahrradständer Beatrixgasse Ecke Rechte Bahngasse

Die unterfertigte Bezirksrätin der Grünen Landstraße stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 11.12.2025 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima und die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, das Aufstellen eines Fahrradständers an der Ecke Beatrixgasse und Rechte Bahngasse zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Während der Bauarbeiten an der S-Bahn-Strecke wurde ein Fahrradständer an der Ecke von Beatrixgasse und Rechte Bahngasse entfernt. Das Foto bildet die Stelle ab, wo früher der Fahrradständer stand. Der Fahrradständer wurde viel genutzt. Da er nicht mehr da ist werden Fahrräder an der Brücke oder an Verkehrsschildern angehängt. Für Anrainer:innen und Betriebe vor Ort wäre ein Ersatz in unmittelbarer Nähe während der Bauarbeiten wichtig.



BRin Franziska Marhold